

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 30

Charlottenburg, Freitag, den 24. Juli 1914

Jahrg. 41

Sperren

Bollsperrren: Altwasser (C. Tielsch & Co.).
Arzberg (Pietzsch & Co.). Berlin (Schilderfabrik Bünsow,
Müllerstr. 3). Kronach (Stoßhardt & Schmidt-Eckardt).
Martinlamitz. Offenbach a. M. (Reich, Goldmann
& Co.) Rehau (Zeh, Scherzer & Co.) Schorndorf.
Stückerbach. (Karl Müller). Tettau (Sonntag &
Söhne).

Halbsperrren in Deutschland: Bonn (Mehlem).
Fürstenberg a. Wefer. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell.
Krummenaab. Meuselwitz. Dessau (Söbel). Passau. Reichenbach.
(Schwabe & Co.) Schlierbach. Schwarzenbach (Algin-
teich). Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Platz & Köp-
fer). Gießhübl (Joh. Schuldes). Horn (S. Wehninger
& Co.). Krawska (L. Fiala & Sohn) Laun (B. Ber-
mann). Lubau (Gebr. Martin). Meretitz (Benier &
Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei Scharrer & Co.)

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1913.

Der Mitgliederrückgang der deutschen Gewerkschaften macht sich auch in der in Nr. 29 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichten Jahresstatistik der Gewerkschaftskartelle bemerkbar. Daß aber diese durch die Krise verschuldete rückläufige Bewegung zu Befürchtungen für die Zukunft keinen Anlaß gibt, beweist die von den Kartellen im Berichtsjahre ausgeübte rege Tätigkeit und die Erfahrungen früherer Jahre. Vor fünf Jahren lagen ähnliche Verhältnisse vor: Die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände (also ausschließlich der sonstigen Gewerkschaften) ging 1908 um 34 962 zurück, diesmal um 26 001. Mit dem Sinken der Mitgliederzahlen war damals eine ansehnliche Zunahme der Kartelle verbunden. Die sonstige Tätigkeit der Kartelle wurde durch den Mitgliederverlust in keiner Weise benachteiligt; es zeigte sich im Gegenteil eine gesunde Entwicklung. Schon 1909 war der Mitgliederverlust nicht nur wettgemacht, sondern die Zunahme war erheblich höher als der vorherige Verlust, wurden doch 57 348 Mitglieder in den Kartellen mehr gezählt. Die Jahre 1910 und 1911 brachten die schönen Steigerungen der Mitgliederzahlen um 272 325 und 268 247. In 1912 war der Gewinn geringer; er betrug bei den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden 180 141 Mitglieder. Die Zunahme an beteiligten Kartellen ist seit 1907 im Berichtsjahre am höchsten gewesen. Diese Zahlen zeigen, daß das Auf und Nieder der wirtschaftlichen Entwicklung auch den Gewerkschaften den Stempel aufdrückt, daß aber ein zeitweiliger Rückgang in ganz kurzer Zeit wieder ausgeglichen wird. So braucht die unerfreuliche Tatsache des Mitgliederrückganges nicht zu entmutigen, sondern sie muß erst recht neue Kräfte zur Vorwärtsentwicklung wecken. Dafür ist auch die Kartellstatistik für das Jahr 1913 ein Beweis.

Die Zahl der Kartelle hat im Berichtsjahre um 56 zugenommen; sie stieg von 744 auf 800. Davon sind 771 (im Vorjahre 717) an der Statistik beteiligt. 20 von den fehlenden

Kartellen hatten 1912 12 607 Mitglieder. Den 771 berichtenden Kartellen gehörten 9682 Zweigvereine mit 2 311 837 Mitgliedern an. 1912 waren es 9418 Zweigvereine mit 2 339 571 Mitgliedern. Erstere nahmen somit um 264 zu; letztere dagegen gingen um 27 734 zurück.

Die im Jahre 1913 entfaltete Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle erscheint nach der Statistik in einem günstigen Lichte. Es wurden von ihnen 2801 allgemeine und 1125 berufliche Versammlungen veranstaltet (1912: 2244 und 1044). Die Vermehrung ist auf die stattgefundenen Krankentassenwahlen zurückzuführen, die eine rege Tätigkeit der Kontrolle notwendig machten. Die Wirtschaftskrise veranlaßte eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosenzählungen (von 27 auf 179). Diese Zählungen waren noch umfangreicher als im Krisenjahr 1908, in dem 114 solche vorgenommen wurden. Auch die Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die sonstigen Erhebungen haben zugenommen, erstere von 4 auf 19, letztere von 83 auf 121.

Die Lokalfrage erfordert nach wie vor viele Mühen und Opfer von den Gewerkschaftskartellen. Dies kommt vor allem zum Ausdruck in der fortgesetzten Zunahme der Gewerkschaftsherbergen. Es wurden gezählt: 1912 349 Gewerkschaftsherbergen in Gastwirtschaften, 1913 378, 1912 36 solche in eigener Regie, 1913 41. Die Fürsorge für die durchreisenden Gewerkschaftsgenossen ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, die nicht vernachlässigt werden darf. Oft sind hierbei erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Mängel im Herbergswesen und an Versammlungsräumen führte zur Erbauung, Einrichtung und Pachtung von Gewerkschaftshäusern, die im Berichtsjahre um sechs zugenommen haben, nämlich von 77 auf 83. Davon sind 47 im eigenen Besitz der Kartelle. Daß aber bei der Errichtung oder Pachtung von solchen Vorsicht notwendig ist, das lehrt immer wieder die Erfahrung. Häufig sind die Gewerkschaften froh, wenn sie ihre diesbezüglichen Verpflichtungen los werden. Hierfür bietet Hildesheim ein Beispiel, das neben einem eigenem Gewerkschaftshause noch ein solches gepachtet hatte, das 1914 zu aller Freude wieder aufgegeben werden konnte.

Die Einrichtung von Bibliotheken und Lesezimmern hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Die gemeinsamen Bibliotheken wurden von 581 auf 659, die Lesezimmer von 98 auf 106 vermehrt. Auch die Referentennachweise weisen eine Zunahme auf. Die letztere Institution ist aber wohl größtenteils durch die Bildungsausschüsse, die ihre Aufgaben übernommen haben, überflüssig geworden. Diese haben sich in den letzten Jahren stark entwickelt und sind ein gutes Mittel, um Bildung und Wissen unter der Arbeiterchaft zu verbreiten. An Bildungsausschüssen waren 1912 429, 1913 501 Kartelle beteiligt, an Jugendkommissionen 1912 415, 1913 480 Kartelle. Diese beiden Einrichtungen führen die Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung zu gemeinsamer ersprießlicher Arbeit zusammen. Zur Förderung dieser werden von mehreren Kartellen Extrabeiträge erhoben, was beweist, daß die Arbeiter keine Opfer und Mühen scheuen, um ihr Wissen zu verbreiten. Dies wird, allen kleinlichen Schikanen zum Trotz, auch in Zukunft so bleiben.

Die von den Kartellen geschaffenen Einrichtungen für die Förderung des Arbeiterschutzes werden zum Teil durch die Arbeitersekretariate oder durch angestellte Beamte abgelöst. Das erklärt die geringe Zunahme der Kommissionen für Be-

Schwerden an Gewerbeinspektionen, von 133 auf 137. Besondere Kommissionen für Bekämpfung des Kost- und Logizwanges beim Arbeitgeber bestanden 1913 weniger als 1912, nämlich 34 gegen 42. Dies ist dadurch zu erklären, daß diese Art der Entlohnung immer mehr zurückgeht und daß die Gewerkschaften, für die solche Verhältnisse noch eine größere Rolle spielen, die Aufgaben dieser Kommissionen mehr und mehr selbst übernommen haben. Die Bauarbeiter-schutzkommissionen nahmen von 257 auf 282 zu. Auch auf diesem Gebiete sind andere Korporationen gleichfalls nötig, was sich auch im Kassenbericht zeigt.

Eines der wichtigsten Gebiete der Tätigkeit der Kartelle bildet die Gewährung von Rechtsbelehrung und Rechtshilfe. Hierfür wurden von ihnen 112 Arbeitersekretariate (1912: 106) und 232 (1912: 212) Rechtsauskunftsstellen unterhalten. Eigene Bureaus hatten außerdem noch 23 Kartelle, 1912: 20. Die Zahl der von den Kartellen Angestellten wuchs von 188 auf 204. Ueber die segensreiche Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sowie über die Arbeitervertreterwahlen werden später erscheinende besondere Statistiken eingehende Auskunft geben.

Die Höhe der Kartellbeiträge ist sehr verschieden. Sie schwankte zwischen 5 Pfg. und 6,10 Mk. Die Beiträge stiegen allgemein. Der Durchschnittsbeitrag betrug 1912: 84 Pfg., 1913 dagegen 92,7 Pfg. Die Kartelle mit Beiträgen bis zu 40 Pfg. pro Mitglied werden weniger, ihre Zahl betrug 1910: 289, 1913 nur noch 234. 176 Kartelle gleich 22,8 Proz. aller mit 31,6 Proz. der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder erhoben jährliche Beiträge von mehr als 1 Mk. pro Mitglied. Man ersieht daraus, daß die Anforderungen, die von den Kartellen in bezug auf Beitragsleistung gestellt werden müssen, nicht gering sind und daß diese Ansprüche fortgesetzt steigen.

Die Einnahmen der Kartelle beliefen sich 1913 auf 2 156 507 Mk.; das sind 180 245 Mk. mehr als 1912. Die Ausgaben betragen 2 163 589 Mk. gegen 1 787 088 Mk. im Jahre 1912. Hiervon wurden allein 487 188 Mk. = 22,5 Proz. für Sekretariate und Auskunftsstellen ausgegeben (1912: 373 036 Mk. gleich 20,9 Proz.). Die Aufwendungen der Gewerkschaftsmitglieder hierfür sind in Wirklichkeit noch bedeutend höher; denn in diesen Summen sind die direkt an die Sekretariate gezahlten Beiträge nicht enthalten. Auch gehört ein Teil der Ausgaben für Verwaltungskosten unter diesen Posten. Auch die Ausgaben für Bibliotheken und Lesezimmer sind absolut und prozentual gewachsen, nämlich von 111 567 = 6,2 Proz. in 1912 auf 168 680 gleich 7,8 Proz. in 1913. Würden die Ausgaben für sonstige Bildungszwecke, so die an die Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen, nicht unter „Sonstige Ausgaben“ verschwinden, dann würde es sich zeigen, daß für Bibliotheken und sonstige Bildungsbestrebungen zusammen ein wesentlich höherer Prozentsatz der Ausgaben der Kartelle verwandt wird. Für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle wurden 15 491 Mk. mehr ausgegeben als 1912, nämlich 169 975 Mk. Das Verhältnis zur Gesamtausgabe ist aber prozentual niedriger, 7,9 zu 8,6 Proz. Dagegen sind die Ausgaben für Agitation und Arbeitervertreterwahlen absolut und prozentual wesentlich gestiegen, namentlich für letztere. Das ist beareiflich bei dem Umfange dieser Wahlen im Jahre 1913. Für Agitation wurden ausgegeben 130 181 Mk. = 6,0 Proz. (1912: 99 746 Mk. = 5,6 Proz.), für Arbeitervertreterwahlen 174 918 Mk. = 8,1 Proz. (1912: 43 053 Mk. = 2,4 Proz.). Die sonstigen Verschiebungen in den Ausgabenposten sind, abgesehen von dem für Streiks und Aussperrungen, von geringer Bedeutung. Sie verteilen sich wie folgt: Statistische Erhebungen 6137 Mk. = 0,3 Proz. (1912: 6490 Mk. = 0,4 Proz.), Herbergen und Arbeitsnachweise, worunter auch teilweise Geschenke an Durchreisende und Ausgaben für Schlafmarken, 64 071 Mk. = 3,0 Proz. (1912: 58 560 Mk. = 3,3 Proz.), Streiks und Aussperrungen 18 345 Mk. = 0,8 Proz. (1912: 151 370 Mk. = 8,5 Proz.), Verwaltungskosten 287 513 Mk. = 13,3 Proz. (1912: 235 538 Mk. = 13,2 Proz.) und Sonstige Ausgaben 656 437 Mk. = 30,3 Proz. (1912: 553 244 Mk. = 30,9 Proz.). Die Kassenbestände der berichteten Kartelle sind infolge der außerordentlich hohen Ausgaben zurückgegangen von 1 033 739 Mk. im Jahre 1912 auf 1 023 657 Mk. im Jahre 1913.

Ähnlich, wie bei unsre Kartelle sind die Ortsverbände der Tischler- und Gewerksvereine. Solche sollen nach den Angaben des Gewerksvereins, das Organ dieser Gewerkschaften, 211 bestehen. Nach den Berichten der Kartellfunktionäre, ergänzt durch Berichte im „Gewerksverein“, wird in der Kartellstatistik über 180 dieser Ortsverbände Auskunft gegeben; 122 von ihnen waren 517 Gewerksvereine angeschlo-

Wangels genügender Angaben konnte über die Ortsverbände nur ein unvollständiges Bild gegeben werden.

Anders steht es mit den christlichen Gewerkschaftskartellen über deren Tätigkeit zum erstenmal im vorigen Jahre eine Statistik veröffentlicht wurde. Sie enthält Angaben über 2 Kartelle, darunter 45 Unterkartelle. Diesen waren 19 233 700 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften angeschlossen, was bei 350 930 Gesamtmitgliedern dieser Verbände ein Prozentsatz von 66,6 entspricht gegen 90,6 bei uns (1912: 91,5 Proz.). Die Beiträge zu den christlichen Kartellen sind im allgemeinen niedriger; sie betragen im Durchschnitt 52, gegen 84,8 Pfg. im gleichen Jahre bei unseren Kartellen. Die Einnahmen der christlichen Kartelle betragen 1912 104 485 Mk. die Ausgaben 94 639 Mk. Mehr als ein Drittel der letzteren, nämlich 32 989 Mk. = 34,9 Proz. entfiel auf die Verwaltungskosten, 23 127 Mk. = 24,4 Proz. auf Agitation, 11 749 Mk. = 12,4 Proz. auf Arbeitervertreterwahlen, 5731 Mk. = 6,1 Proz. (1911: 12 070 Mk. = 15,3 Proz.) auf Rechtsauskunft, 3038 Mk. = 3,2 Proz. (1911: 3708 Mk.) auf Bibliotheken und der Rest auf Sonstige Ausgaben. Auffällig ist der Rückgang der Ausgaben für Rechtsauskunft und Bibliotheken, die bei unseren Kartellen fortgesetzt vermehrte Aufwendungen nötig machen.

Die Jahresstatistik der Gewerkschaftskartelle läßt erkennen, daß ihre Aufgaben und ihre Ausgaben gewachsen sind; hierin bringt auch kein zeitweiliger Mitgliederverlust eine Minderung. Manches, so die Aufbringung von Mitteln für Streiks, hat nicht mehr die Bedeutung wie früher. Dafür sind andere Verpflichtungen hinzugetreten, wie die Arbeit für die „Volksfürsorge“, die Mitarbeit in für die Arbeiterschaft wichtigen Körperschaften, wie Genossenschaften, bei staatlichen Einrichtungen usw. Die Jugenderziehung und die Bildungsbestrebungen machen immer höhere Aufwendungen nötig, und gern bringt die organisierte Arbeiterschaft immer mehr Opfer, weil sie weiß, daß dies zu ihrem Wohle und Vorwärtkommen dienlich ist.

So ist auch die diesmalige Statistik ein Beweis dafür, daß frisch pulserendes Leben in den deutschen Gewerkschaftskartellen herrscht. Viel bleibt aber noch zu tun übrig und nicht immer wird das geleistet, was bei geringer Mühe oftmals möglich wäre. Hier hat jeder die Verpflichtung zur Mitarbeit. Keine Gewerkschaft darf bei der Arbeit für die gemeinsamen Aufgaben beiseite stehen. Alle haben ihre Kräfte einzusetzen für die einträchtige erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Arbeiterschaft.

Ein bürgerliches Urteil über den Gewerkschaftskongress in München.

In der „Sozialen Praxis“ schreibt E. H. in einem längeren Artikel zum Schluß: „Man hat den Münchener Kongress eine Tagung des Kampfes genannt. Wir vermögen diesen Eindruck nur in beschränktem Maße zu teilen. Gewiß waren sich die in München versammelten Gewerkschaftsvertreter vollkommen darin einig, daß die Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter unwirksam zu machen, entschlossene Abwehr unbedingt erfordern. Niemand kann erwarten, daß die Gewerkschaften, wenn den Arbeitern die elementarsten Rechte genommen werden sollten, kampfslos vom Plage abtreten. In den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft, weit über das freigewerkschaftliche Lager hinaus, herrscht die Ueberzeugung, daß, wenn im Kampfe gegen die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter der Bogen überspannt und jeder von den Organisationen der Arbeiterschaft getragene Fortschritt unmöglich gemacht wird, alle geeigneten Mittel der Abwehr angewandt werden müßten. Darüber war sich auch der 9. Gewerkschaftskongress stillschweigend einig; damit hat allerdings, nebenbei bemerkt, die Neuregelung des Streikunterstützungswesens, die jetzt von mancher Seite als erster Schritt zum Generalstreik dargestellt wird, nicht das Mindeste zu tun.“

Als Kampftagung im Sinne der Abwehr und des Protestes gegenüber denen, die die Arbeiter in minderem Rechte erhalten wollen, mag man die Münchener Tagung ansprechen. Nicht aber sprach aus ihr der Wunsch nach schweren Kämpfen oder gar ein leichtfertiger Angriffsgedanke. Was vielmehr immer und immer wieder aus allen Vorträgen herausklang, was recht eigentlich den Geist dieser Tagung ausmachte: das war das stetige Verlangen nach ungehörter positiver Arbeit. Keine Klage über den Stillstand der gesetzgeberischen Sozialpolitik wurde so machtvoll von diesem Kongress erhoben wie die Klage und Anklage, daß man den Gewerkschaften die Gegenwartsarbeit erschwere, ihren Reformwillen zurückstoße. Das ist das

große Unrecht, das die ganze deutsche Arbeiterschaft in der gegenwärtigen ernsten Zeit so bitter schwarz empfindet: daß man sich nicht damit begnügt, der sozialpolitischen Staatshilfe Halt zu gebieten, sondern daß zugleich auch der Selbsthilfe Stein um Stein in den Weg gewälzt wird, so daß schließlich alle Möglichkeiten weiteren Aufstiegs verrammelt sind. Und gerade darin, daß der 9. Gewerkschaftskongreß diesen Gedanken mit aller notwendigen Klarheit herausgearbeitet und den Wert der positiven Gewerkschaftsarbeit „im Interesse der Gemeinwesen, mögen sie sich nun Staat oder Reich nennen“ mehr betont hat als alle sozialpolitischen Einzelwünsche, liegt die besondere Eigenart dieser bedeutsamen Tagung.“

Verbands-Angelegenheiten

Berichtigung.

Im Bericht vom Münchener Gewerkschaftskongreß in Nr. 27 der Ameise schrieben wir, daß der Antrag: „Die Schiedsrichter haben bei ihren Entscheidungen stets einen Zeitpunkt festzusetzen, an dem die durch einen Schiedspruch sich nötig machenden Uebertritte vollzogen sein müssen,“ angenommen sei. Das beruht auf einem Irrtum. Der Antrag, über den per Akklamation abgestimmt wurde, ist mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir ersuchen unsere Kollegen, von dieser Richtigstellung Kenntnis zu nehmen. Die Redaktion.

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 16. Juli 1914.

Das Mitglied 1893 C. beschwert sich gegen den Vorstand wegen Abzug der drei Tage Karenzzeit beim Krankengeldbezug. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Das Mitglied war längere Zeit krank, wurde vom Arzt arbeitsfähig geschrieben, blieb aber in ärztlicher Behandlung. Nach vier Wochen wurde das Mitglied wieder arbeitsunfähig krank und glaubte jetzt, weil die Krankheit eine zusammenhängende sei, keine drei Tage Karenzzeit durchmachen zu müssen. Diese Auffassung des Mitgliedes ist irrig. Das Statut rechtfertigt eine derartige Auffassung nicht, sondern es mußte der Fall als eine erneute Arbeitsunfähigkeit betrachtet werden und hat das Mitglied infolgedessen drei Tage Karenzzeit zu absolvieren. — Das Mitglied 9186 K. beschwert sich wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung. Die Beschwerde mußte abgewiesen werden, weil das Mitglied über die statistische Dauer hinaus mit den Beiträgen im Rückstande war. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 7397 N. wegen Verweigerung von Fahr- und Umzugskosten wurde ebenfalls abgelehnt, da das Mitglied die Arbeit freiwillig, ohne Genehmigung des Vorstandes aufgegeben hat. — Weitere Beschwerden der Mitglieder 10753, 41559, 26117 P. und 28283 Sch. betreffen Verweigerung von Differenzunterstützung und hat hierüber die Beschwerdekommision nicht zu entscheiden.

Engelbert Bartel,
Vorsitzender.

Berthold Faulian,
Schriftführer.

Situationsbericht. Breslau. Die Differenz bei den Gießern der Fabrik technischer und sanitärer Steingutwaren ist auf dem Verhandlungswege beigelegt worden. Die Arbeiter erzielten einen für sie günstigen Vertrag auf zwei Jahre.

Der Kampf in den Linde-Hofmann-Werken ist beendet. Da nicht sofort sämtliche Arbeiter eingestellt werden konnten, empfiehlt es sich, daß Schildermaler Arbeitsangebote vorläufig noch unterlassen.

Kleindembach. Die Leitung der hiesigen Porzellanfabrik ist unserem Verbands nicht freundlich gesinnt. Das wollen alle Kollegen, die sich nach den Fleischtopfen Kleindembachs sehnen, beachten.

Schorndorf. Nachdem wieder zwei Dreher, die mit 15 Mark Verdienst nicht auskommen konnten, den Betrieb verlassen haben, besteht das arbeitswillige Dreherpersonal noch aus einem Mann. Die Kollegen wollen dafür sorgen, daß es sich nicht vergrößert. Aus der Malerei sind ebenfalls 3 Personen herausgegangen.

Tettau. Die Situation ist noch unverändert. Von den wanzigen Arbeitswilligen (9 Mann) haben 5 wieder dem Betriebe den Rücken gekehrt.

Oesterreich. Die Schriftmaler in Wien stehen in einer Lohnbewegung. Die Sperren über Meretiz bei Klösterle (beide Firmen Benier & Co. sowie Tuma), Dubau bei Bodersam (Firma Gebrüder Martin), Horn bei Elbogen (Firma Heinrich Behinger) Budapest (Ungarn) Firma Drasche, bestehen fort. Die Differenzen in Saindorf-Mildeneichen, Firma Robrecht, sind noch nicht erledigt. Zuzug nach allen vorgenannten Orten ist streng fernzuhalten.

Aus unserem Berufe

Ein Veteran der Arbeit. Unser Kollege Paul Martin in Althaldensleben vollendet am 27. dieses Monats sein 75. Lebensjahr. Eins unserer ältesten Mitglieder, trat er am 1. Juni 1869 in den Verband ein, dem er seitdem ununterbrochen, 45 Jahre lang, angehört. Wir gratulieren dem alten, treuen Verbandsmitgliede zu seinem 75. Geburtstage und wünschen ihm einen glücklichen, sorgenfreien Lebensabend!

Achtung, Mitglieder! Jeder Kollege, dessen Frau, Sohn, Tochter oder sonstige Verwandte in der Porzellanindustrie beschäftigt sind, hat die moralische Pflicht, diese der Berufsorganisation zuzuführen. Viele Mitglieder haben auch sonst Freunde, die in der Branche arbeiten, aber nicht organisiert sind. Ein gutes Wort, ein freundlicher Hinweis genügt oft, der Organisation ein neues Mitglied zu verschaffen. Wirle jeder Kollege und jede Kollegin in ihrem Kreise für die Stärkung und Ausbreitung unserer Organisation, das sollte jeder organisierte Porzellanarbeiter und jede Kollegin als Ehrensache betrachten.

Die christliche Keramik- und Steinarbeiterzeitung berichtet mit hämischer Schadenfreude über den Streit in Kronach, bei Stodhardt & Schmidt-Ehardt, der abgebrochen werden mußte, weil der Betrieb mit Arbeitswilligen besetzt war. Zwar berichtete sie an anderer Stelle selber, daß der christliche Keramikarbeiterverband in den letzten 2 Jahren 25 Lohnbewegungen ohne Erfolg abbrechen mußte; zwar weiß jeder Abo-Schütze der Gewerkschaftsbewegung, daß eine Lohnbewegung nicht durchzuführen ist, wenn sich Arbeitswillige in größerer Anzahl einfinden, schadet aber alles nichts, der christlichen Zeitung müssen selbst Arbeitswillige zum Besten dienen. Denn zum Schluß sagt sie: „Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen von Kronach und Umgebung, hinein in den Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter. Hier wird mit Erfolg und ohne Phrasen für Euer Wohl gearbeitet.“

Wir wünschen dem christlichen Keramikarbeiterverband besten Erfolg. Denn wir sind neugierig zu erfahren, wie er mit Erfolg für das Wohl auch der Arbeitswilligen arbeiten wird, selbst gegen deren Willen. Und wirklich ohne Phrasen? Das wäre ja etwas ganz Neues!

Aus anderen Verbänden

Notensteher. Am 12. Juli starb Max Bölich, der Vorsitzende des Verbandes der Notensteher. Der Verstorbene stand 27 Jahre an der Spitze des Verbandes.

Der Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter beschäftigte sich auf seinem vom 15. bis 19. Juni in Hamburg abgehaltenen Verbandstage in der Hauptsache mit einer Finanzreform. Die Beiträge wurden durchweg um 10 Pf. die Woche erhöht und betragen künftig bei einem Wochenverdienst bis zu 18 Mk. 40 Pf., 18 bis 24 Mk. 50 Pf., darüber 60 Pf. Eine weitere Beitragsklasse von 70 Pf. soll denen freistehen, die über 27 Mark verdienen. Die Unterstützungen wurden derart neu geregelt, daß die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit in den 4 Klassen 70, 100, 110 und 120 pro Tag, bei Arbeitslosigkeit 100, 125, 150 und 175 Pf. pro Tag (die Woche zu sechs Tagen) beträgt, und auf 45 Tage nach einjähriger, steigend auf 90 Tage nach siebenjähriger Mitgliedschaft gewährt wird. Die Umzugsunterstützung beträgt je nach Entfernung 15 bis 40 Mk., das Sterbegeld nach Beitragsklasse und Dauer der Mitgliedschaft 36 bis 126 Mark. Die Streitunterstützung gibt es in voller Höhe erst nach halbjähriger Mitgliedschaft und beträgt diese dann in der 40 Pf.-Klasse 11,40 Mk. für Ledige, 13,80 Mk. für Verheiratete und 60 Pf. pro Kind bis höchstens 16,80 Mk. und steigt bis zur 70 Pf.-Klasse auf 18 Mk. für Ledige, 21 Mk. für Verheiratete und 1,20 pro Kind, bis zu 27 Mk. Die beantragte Schaffung eines Beirates für den Vorstand wurde abgelehnt. Die Verbandstage sollen künftig nur alle drei statt bisher zwei Jahre stattfinden.

Der deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1913. Der Landarbeiterverband hatte am Schlusse des Jahres 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des verschärften Kampfes der Gegner des Verbandes. Die Mitgliederzahl stieg von 18 157 (darunter 742 weibliche) im Jahre 1912 auf 20 267 (darunter 884 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Orts-

gruppen. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 82947 Mt. im Jahre 1912 auf 100 995 Mt. im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figurirt für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von 12 029 Mt., im Jahre 1913 die Summe von 20 373 Mt. Der Rechtsschutz erforderte an Anwalts- und Gerichtskosten 3880 Mt. im Jahre 1912 und 7040 Mt. im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurde 1912 ausgegeben 10 970 Mt. und 1913 der Betrag von 12 516 Mt. Erheblich sind die Summen, die von den Ortsklassen direkt ausgegeben wurden, ebenso die Beträge für Sterbegeld, Maßregelungsunterstützung und für Lohnbewegungen. Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen Teil wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf des Arbeitsvertrages, zu einem Teil jedoch waren Arbeitseinstellungen nötig, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen. Die am meisten in Anspruch genommene Einrichtung des Verbandes, der freie Rechtsschutz, erforderte in den Jahren 1912/13 ein Eingreifen in 1366 Fällen. Die unter den ungünstigsten Umständen erreichte Steigerung des Mitgliederbestandes ist die beste Gewähr dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Land- und Forstarbeitern wächst und daß ihre Organisation auf dem besten Wege ist, ein würdiges und einflußreiches Glied in der modernen Arbeiterbewegung zu werden.

Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter hielt in Leipzig, in der Woche vom 5. bis 11. Juli, seinen 6. Verbandstag ab. Die Zeit seit dem letzten ordentlichen Verbandstag 1910 in Bremen brachte der Organisation viel Sturm und Kampf mit dem Unternehmertum, aber auch Streit in den eigenen Reihen. Da 1911 die erste Tarifperiode abließ, beschloß der Bremer Verbandstag 1910, in eine Tarifrevision einzutreten. Bei dieser Tarifbewegung kam es zu einem bedenklichen inneren Konflikt, der nicht allein den Tarifkampf ungemein erschwerte, sondern den Verband auch in eine schlimme Situation brachte, so daß am Ende ein außerordentlicher Verbandstag, der im Februar 1912 in Berlin tagte, hierzu Stellung nehmen mußte. Diese Tagung hieß den Tarifabschluß des Hauptvorstandes gut und verurteilte die Haltung der Opponenten.

Im ersten Jahre der Geschäftsperiode stieg die Zahl der Mitglieder von 15 891 auf 15 965, 1912 fiel sie auf 15 586 und Ende 1913 betrug sie 15 934. Die Steigerung hält an, so daß zu hoffen ist, daß im laufenden Jahre noch das 17. Tausend erreicht wird.

Von den Lohnbewegungen traf die im Steindruckgewerbe den Verband sehr schwer. Diese Bewegung ging bekanntlich von den Steindruckergehilfen aus, die dann die Hilfsarbeiter in Mitleidenschaft zogen. Der Streit kostete den Verband fast eine viertel Million Mark, obwohl fast zwei Drittel der Organisierten daran nicht beteiligt waren. Zur Zeit arbeiten in 36 Orten mindestens 10 000 Mitglieder zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Das Vermögen stieg um 26 000 Mark und betrug am Schluß der Berichtszeit 144 000 Mark.

Die Hauptaufgabe des Verbandstages war die Durchführung einer Finanzreform. So wurde eine 6. Klasse mit 70 Pfg. Beitrag geschaffen. Die Höhe der Krankenunterstützung wurde etwas gekürzt. Ebenso erfuhr die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung eine Beschränkung. Die Reiseunterstützung ist in Zukunft niedriger als die Arbeitslosenunterstützung. Die Wöchnerinnenunterstützung wurde in Krankenunterstützung umgewandelt. Die beantragte Einsetzung eines Ausschusses wurde abgelehnt.

Der christliche Keramarbeiterverband hielt am 27. Juni und folgende Tage seine 6. Generalversammlung in Köln ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl in der zweijährigen Berichtszeit von 6956 auf 8539 gestiegen ist. Das Verbandsvermögen beträgt rund 103 000 Mt. Die Generalversammlung stellte die Maßregelungsunterstützung, die bisher von der Krankheitsunterstützung abwich, letzterer gleich und setzte die Krankheitsunterstützung für den Bezug der Reiseunterstützung von 104 auf 52 Wochen fest. In der 45 Pfg.-Beitragsstufe, in der jetzt die 25- und 35 Pfg.-Stufen nur Krankengeld gezahlt wird, wurde die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. In den 35-ten Stufen wurden die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zusammengezogen. In den beiden unteren Stufen ist der bisherige Zustand bestehen. Für langjährige Mitglieder erhöht sich in Arbeitslosigkeitsfällen die Dauer der Bezugszeit von 8 auf 13 Wochen. Die neuen Unterhaltungen treten mit dem 1. April 1915 in Kraft.

Vermischtes

Schützt die Natur. Tausende und aber Tausende sind die an schönen Tagen die Tore der Städte verlassen. Sie benützen überhaupt jede Gelegenheit, einen Schritt ins Freie zu tun, um an den blühenden und leuchtenden Farben der Blumen, an den überaus mannigfachen interessanten Gestalten und Ausprägungen der übrigen Lebewelt, an reichgegliederten und wechselvollen Landschaftsbildern ihre geistigen Bedürfnisse zu heben und erneuern zu dürfen.

Aber nun tritt etwas anderes in Erscheinung, und das ist, daß sich die Auffassung von Naturgenuss in sehr verschiedener Art zeigt, zu allermeist aber in der Form, daß eine Schädigung der Natur mit einem Besuch ins Freie, eine Spaziergang, einem Ausflug verbunden ist. Die große Mehrzahl der heimkehrenden Menge legt Zeugnis dafür ab, daß sie die Wohltaten an Körper und Geist, die sie draußen empfangen hat, nicht in dem Maße würdigt, wie es selbstverständlich wäre.

In Massen hat man die Blumen abgerissen, hat die Sträucher verstümmelt und kommt nun mit sehr oft übergroßen Straußen, wenn nicht gleich mehreren und auch ganzen Bündeln Zweigen angezogen, sogar der Hut trägt einen Kranz von Blumen, die weils herunterhängen, draußen aber liegen an Wegen und Straßen, an Ruheplätzen und vor den Bahnhöfen hunderte weggeworfener ganz zwecklos abgerissener Blumen und Zweige. Verständnislos wird auch dem Flur und Wald bewohnenden Getier nachgestellt oder solches beunruhigt, überaus singend und schreiend dahingezogen und mancher Ruheplatz redet eine eindringliche Sprache von dem wahren Kulturzustand seiner Gäste.

Schont und schützt die Natur! Seid äußerst maßvoll im Pflücken von Blumen, reißt keine Wurzeln oder Knollen aus. Seltene Pflanzen laßt unter allen Umständen stehen. Verstümmelt nicht Sträucher und Bäume durch Abreißen von Zweigen oder Ästen. Zertretet nicht Wiesen und Felder. Vor allem schone man die Tierwelt.

Bezeugen wir der Natur nach diesen Grundsätzen Liebe und Achtung, dann wird sie bleiben, was sie sein soll, ein Jungbrunnen für alle, zum Nutzen der Allgemeinheit.

Die Anlegung des Vermögens der Landesversicherungsanstalten. Ueber die Anlegung des Vermögens der Landesversicherungsanstalten, der Knappschaftskassen usw. zugunsten gemeinnütziger Zwecke ist vom Reichsversicherungsamt eine Uebersicht veröffentlicht worden. Danach beliefen sich die Gesamtdarlehen für solche Zwecke bis zum Ende des Jahres 1913 auf rund 1164 Millionen Mark (Ende 1912: 1049 Millionen Mark).

Von dieser Summe entfielen auf den Bau von Arbeiterwohnungen 482,6 Millionen Mark (418 Mill. Mt.). Hiervon wurden 457,6 Millionen Mark für den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen und rund 25 Millionen Mark für den Bau von Ledigenheimen hergegeben. Von den gesamten Wohnungsbaudarlehen sind bis Ende 1913 58,7 Millionen an die Versicherungsanstalten zurückgezahlt worden, so daß am Schluß des Jahres ein Darlehensstand von 423,9 Millionen Mark (365,6 Millionen Mark) vorhanden war. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses sind bis Ende 1913 119,7 Millionen Mark (113,8 Millionen Mark) ausgegeben worden. Dieser Betrag stellt aber bei weitem nicht die ganze Summe dar. Abgesehen von dem Aufwand für Wohnungsfürsorge auf dem Lande entfällt von den Darlehen für allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen ein Betrag von über 228 Millionen Mark auf Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern, also ebenfalls überwiegend auf die ländliche Bevölkerung. Endlich ist die Landwirtschaft mittelbar noch dadurch gefördert worden, daß eine große Anzahl von Versicherungsanstalten (darunter auch der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum) landschaftliche Pfandbriefe, Rentenbriefe, Provinzialanleihscheine, Pfandbriefe von Landwirtschaftsbanken usw. im Nennwert von über 150 Millionen Mt. angekauft haben. — Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege haben die Versicherungsanstalten bis Ende 1913 561,9 Millionen Mark (517,3 Millionen Mark) ausgeliehen, und zwar a) für den Bau von Krankenhäusern, Volksheilstätten, Invalidenheimen usw. 133 Millionen Mark (117,6 Millionen Mark), b) zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Kanalisationen usw. 181,1 Millionen Mark (172,2 Millionen Mark), c) für Erziehung, Unterricht und Hebung der Volksbildung 93,6 Millionen Mark

86,6 Millionen Mark), d) für sonstige Wohlfahrtszwecke 154,1 Millionen Mark (140,9 Millionen Mark). Für eigene Veranstaltungen der Versicherungsträger (für Krankenhäuser, Heilanstalten, Erholungsheime usw.) wurden bis Ende 1913 79,8 Millionen Mark aufgewandt.

Die „Gelben“ und die Konsumgenossenschaften. Die Unternehmer, welche in den „gelben“ Gewerkschaften ein Bollwerk gegen die wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter erblicken und jene deshalb nach Kräften fördern, kommen dabei recht häufig in wenig angenehme Situationen. Wollen sie verhindern, daß ihre Getreuen ausreifen wie Schafleder, dann müssen sie notgedrungen ihnen einen Teil wenigstens jener Vorteile verschaffen, welche die andern Arbeiter aus ihren Institutionen ziehen. Das gilt auch für die Konsumvereine. Die „Gelben“ sehen natürlich auch ein, daß aus diesen mancher Nutzen erwächst; ihre Arbeitgeberfreunde möchten aber natürlich nicht, daß sie den als „sozialdemokratisch“ verschrienen Konsumvereinen beitreten. Da die Unternehmer jedoch meistens auch aus politischen Gründen in Mittelstandsfreundschaft machen, so erlebt man das eigenartige Schauspiel, daß die Sorge um den Profit sie in Gewissenkonflikte führt, die mit dem Siege der Selbstsucht über die Liebe zum Krämer enden. So wurde in Düsseldorf, wo doch ein großer leistungsfähiger Konsumverein des Zentralverbandes seit Jahren wirkt, ein Konsumverein „Gemeinwohl“ gegründet. Den Vorstand bildete nebst einigen Arbeitern der Sekretär der gelben Werkvereine. Gleich zwei Verkaufsstellen wurden eröffnet. Nach wenigen Wochen Bestand kriselte es schon in der Verwaltung, und der Geschäftsführer — war gewesen. Unter den Arbeitern hat diese Gründung keine besondere Förderung erhalten, dagegen um so mehr bei den Unternehmern. Es konnte berichtet werden, daß Herr Walzenmühlenbesitzer Plange mit 900 Mt. am „Gemeinwohl“ beteiligt ist. Es scheint der Plan zu bestehen, Filialen auch in andern Stadtteilen aufzumachen. Als eifrigster Förderer gilt die Düsseldorfer Handelskammer, welche durch ein Düsseldorfer Zirkular die Fabrikanten in Oberrhein aufgefördert haben soll, zunächst einen Fonds von 5000 Mt. aufzubringen und dann pro Arbeiter 30 bis 70 Pfg. Zuschuß zu leisten. Ob dieser Zuschuß dauernd oder nur bei Verlusten aufgebracht werden soll, wird nicht gesagt. Mehrere Firmen sollen ihr Einverständnis gegeben haben. Es ist ein Schauspiel für Götter. Dieselbe Düsseldorfer Handelskammer, die so viel in Mittelstandsförderung macht, als Geburtshelfer bei der Gründung eines Konsumvereins! Was wohl die Krämer zu diesem Liebesbeweise ihrer großindustriellen Freunde vom Kartell der angeblich schaffenden Stände sagen!

Die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung und die Konsumgenossenschaften. Es gibt heute keinen Menschen mehr, der die Gewerkschaftsarbeit mit Geringschätzung behandelte. Freunde und Gegner dieser gewaltigen Massenbewegung schenken der Gewerkschaftsarbeit gleichermaßen Beachtung. Bringt man einmal der Einfachheit halber die durch die Arbeit der Gewerkschaften im Jahre 1912 erreichten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf den Durchschnitt, so ergibt sich, daß für jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von $2\frac{1}{4}$ Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,79 Mt. per Woche erreicht wurde. In der Abwehr wurde im Durchschnitt für jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverlängerung von $4\frac{3}{4}$ Stunden und eine Lohnkürzung von 1,96 Mt. verhindert. Die Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung wurden zu 84,5 Prozent, die auf dem Gebiete der Lohnerhöhung zu 65,1 Prozent durch Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen erreicht.

So sind die Erfolge der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912 unstreitig sehr groß. Die umfangreiche Arbeitszeitverkürzung bedeutet ein Stück Weg zur Gesundung der Arbeitskraft, was im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit sehr zu begrüßen ist. Eine gleiche Würdigung beanspruchen die erreichten Lohnerhöhungen. Sie bedeuten in allen Fällen ein Gegengewicht gegen die Verteuerung der Lebenshaltung, in manchen Fällen auch eine direkte Erhöhung der Kaufkraft. Diese Errungenschaften auszunutzen und zu erhalten, ist die Konsumgenossenschaftsbewegung berufen. Sie ist nichts anderes als eine Einrichtung zur vollendeten Ausnutzung der Kaufkraft des Geldes, also auch des Arbeitslohnes.

Wenn auch festzustellen ist, daß die Mitglieder der Gewerkschaften immer mehr die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung zur Sicherung und Ausnutzung der Kaufkraft ihres Lohnes erkennen, so ist doch noch manche Arbeit zu leisten, um die Gewerkschaftsmitglieder restlos den Konsumvereinen als Käufer anzuführen. Darüber sollte sich jeder an ge-

werschaftlichen Bewegungen beteiligte Arbeiter klar sein: Der augenblicklich erhöhte Lohn bedeutet durchaus keine Verbesserung der Lebenshaltung in dem oft angenommenen Umfange, wenn die Kaufkraft des Lohnes nicht durch eine starke Konsumentenorganisation geschützt ist. Die schönen Erfolge der Gewerkschaften erhalten durch eine wirklich tatkräftige Würdigung der Konsumgenossenschaften ihre unerläßliche Ergänzung.

Aussperrung in der Niederlausitzer Tuchindustrie. Am 18. Juli haben die Niederlausitzer Tuchfabrikanten zirka 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil ein kleiner Teil der Arbeiter im Lohnkampfe steht, und zwar die Walkerearbeiter, die einen Mindestlohn von 24 resp. 25 Mark verlangen. Es handelt sich durchaus nicht um unerfüllbare Forderungen, denn in den kleineren Betrieben ist nur ein und in den größeren mit 300 Arbeitern sind nur 6 Personen in der Walkerei beschäftigt. Zudem sind die Forderungen sehr bescheiden. Trotzdem warfen die Unternehmer 30 000 Arbeiter aufs Pflaster, um die Walker zu zwingen, auf ihre gerechte Forderung zu verzichten.

Nach dem Jahresbericht des Statistischen Amtes in Neusüdwales waren in den letzten Jahren durchschnittlich 40 Genossenschaften eingetragen. Der Betrag der Anteile der Mitglieder stieg im Jahre 1912 von 138 000 auf 156 000 Pfund Sterling. Im gleichen Jahre wurden 164 000 Pfund Sterling Ueberschüsse verteilt, davon 105 000 an Anteilscheinhaber (durchschnittlich 5 Proz.) und Rückvergütung (durchschnittlich $7\frac{1}{2}$ Proz.). Die größte Genossenschaft besitzen die Beamten der Hauptstadt Sydney mit 7340 Mitgliedern. Im übrigen hat die Genossenschaftsbewegung hauptsächlich in den Bergwerksbezirken Fuß gefaßt.

Aus dem Geschäftsberichte der „Victoria“ sind einige Zahlen auch für die Leser der Gewerkschaftspressen von großem Interesse. Bei der Volksversicherungs-Abteilung wurden 1913 431 815 Versicherungen abgeschlossen mit einer Versicherungssumme von 118 594 674 Mt. Davon sind erloschen durch Verfall 89 041 mit einer Versicherungssumme von 27 320 823 Mt. Es haben sonach 89 041 Versicherte ihre eingezahlten Prämien eingebüßt. Besser war das Gesamtgeschäft für die Aktionäre. Dieselben erhalten als 4 Proz. Bordividende 240 000 Mt., als Nachdividende 780 000 Mt., also zusammen 1 020 000 Mt. Dem Aufsichtsrat wird eine Lantime von 197 011 Mt. und dem Vorstand eine solche von 66 470 Mt. ausbezahlt.

Arbeiterschutz. Der 3. Internationale Kongreß für Berufskrankheiten, der im September dieses Jahres in Wien stattfinden soll, wird sich besonders mit folgenden Fragen beschäftigen: Die Ermüdung oder die Physiologie und die Pathologie der Arbeit mit Bezug auf das Nervensystem, auf die Knochen usw., mit besonderer Berücksichtigung der Nachtarbeit. Die Arbeit in feuchter und heißer Luft. Der Milzbrand. Die Stauberkrankungen der Lunge. Verletzungen durch Elektrizität in industriellen Betrieben. Die Schädigungen der Gehörsnerven durch die Berufstätigkeit. Die industriellen Gifte. Gleichzeitig mit dem Kongreß wird eine Ausstellung veranstaltet werden, um die Entwicklung und Verhütung von Berufskrankheiten zu veranschaulichen.

Kinder in Fabriken. Welche erschreckende Zunahme die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder genommen hat, geht aus den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches 1913 hervor. Danach waren beschäftigt Kinder unter 14 Jahren:

1908 . . .	6677 Knaben u. 5388 Mädchen
1911 . . .	7434 Knaben u. 5970 Mädchen
1912 . . .	7780 Knaben u. 6136 Mädchen

Die Zunahme 1912 gegen 1908 beträgt also 1103 Knaben und 748 Mädchen. Viel stärker ist aber die Zunahme der Altersklassen von 14 bis 16 Jahren:

1908 . . .	289 596 männl. u. 150 658 weibl. Pers.
1911 . . .	332 882 männl. u. 172 535 weibl. Pers.
1912 . . .	358 327 männl. u. 179 964 weibl. Pers.

Die Zunahme 1912 gegen 1908 beträgt hier also 68 730 männliche und 29 306 weibliche Personen von 14 bis 16 Jahren. Das ist eine Gesamtzunahme von Kindern von 99 887 oder 22,8 Prozent.

Die deutschen Genossenschaften organisieren jetzt auch die genossenschaftliche Feuerversicherung. Sie sammeln alle derartigen Versicherungen in ihrer Zentrale, die zunächst noch eine Art Subdirektion einer privaten Versicherungsgesellschaft ist. Die große Zahl der einlaufenden Versicherungsanträge aber wird sicherlich über kurz oder lang zu einer selbständigen genossenschaftlichen Feuerversicherung führen, aber schon das jetzige Arrangement bietet den Versicherten wesentliche Vorteile

gegen den früheren Zustand, da eine Reihe von Gebüh-
ren und Kosten wegfallen und die Schadenregulierung unter Mit-
wirkung der Genossenschaft geschieht.

Schweiz. Im September dieses Jahres werden 114 An-
geklagte, darunter eine Reihe bekannter Gewerkschaftsführer,
vor dem Schwurgericht in Zürich erscheinen wegen des be-
kannten Generalstreiks. Sie sollen die Angestellten der
städtischen Straßenbahnbetriebe zum Teil zum Generalstreik
und damit zur Dienstverletzung angestiftet haben. Eine Reihe
mitangeklagter Straßenbahner sollen die betreffenden Genossen
dabei straffälliger Weise unterstützt haben, indem sie ein Flug-
blatt verbreiteten, worin die Eisenbahner zur Teilnahme am
Streik aufgefordert wurden. Ähnlich lauten die Anklagen
gegen alle und es werden gegen sie Geldstrafen von 40 bis
zu 100 Frank und gegen eine Reihe von ihnen auch bis zu
drei Monaten Gefängnis beantragt.

— Ende 1913 bestanden in der Schweiz neben dem als
Zentrale zu betrachtenden Schweizerischen Arbeiterssekretariat
10 lokale Arbeiterssekretariate zur kostenlosen Rechtsauskunft usw.
die von den örtlichen Arbeiterorganisationen unterhalten
werden. Im letzten Jahre betrug die Zahl der registrierten
Auskunftsuchenden 28 273 organisierte Arbeiter. Insgesamt
konnte durch die Intervention dieser Sekretariate, denen 17
Beamte zur Verfügung stehen, rund 1/2 Million Frank Klage-
ansprüche erkämpft werden, ganz abgesehen von dem sonstigen
unberechenbaren Nutzen, den solche Institute der Arbeiterschaft
bringen.

Oesterreich. Dem kürzlich erschienenen Jahresbericht 1913
der österreichischen Gewerkschaftskommission ist die erfreuliche
Tatsache zu entnehmen, daß auch das verfloßene Krisenjahr
den Bestand der Gewerkschaften nicht hat gefährden können.
Die auch dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden
Organisationen, die in der genannten Gewerkschaftskommission
ihre Landeszentrale besitzen, zählten Ende 1913, ohne die mit
8775 Mitgliedern wegen der tschechischen Streitigkeiten aus-
geschiedenen Tabakarbeiter, 415 195 Mitglieder gegen 419 588
im Vorjahre. Die Jahreseinnahme (ausschließlich Streikfonds)
belief sich auf über 10 Millionen Kronen, das Gesamtvermögen
auf rund 15 Millionen Kronen. Allein an Arbeitslosenunter-
stützung mußten 3 Millionen, an Krankenunterstützung usw.
1,6 Millionen Kronen aufgebracht werden.

Zur Unterhaltung

Meine Reise nach Brasilien.

Von Richard Schulze.

VI.

Die Ankunft. — Kolonistenarbeit. — Hausbau.

Ende November 1913 kam ich auf der Kolonie San
Roque in Brasilien mit dem festen Willen an, mich dort
als Kolonist anzusiedeln. San Roque liegt in einem Tale.
Die Talniederung ist von zwei Seiten von hohen Bergen
umsäumt, von welchen zwei besonders auffallen. Diese zwei
sind, wie das ganze Gelände, von drei Seiten sowie auch
auf dem Gipfel bewaldet, nur eine Seite besteht aus steil
abfallenden Felswänden, welche weithin als weiße Tafeln
leuchten. Nach diesen auffallenden Felswänden ist die Kolonie
benannt worden. San Roque bedeutet soviel wie Heiliger
Felsen. In dieser Kolonie hatte sich mein Bruder vor vier
Jahren niedergelassen und schrieb uns, daß es dort sehr
schön sei. Es sei mäßiges Klima und reine Luft. Die
deutschen Getreidearten gedeihen sehr gut, sie hätten dem-
zufolge gut zu leben und lebten auch nicht schlecht. Es sei
freilich einsam hier und man müsse den Klimbim der Groß-
stadt vergessen. Wer dieses aber meiden könne, lebe hier
sehr gut. Vor allem schrieb er, daß die Luft fast staubfrei
sei, was mich besonders anzog, da ich lungenleidend bin und
wir bei unserer Arbeit doch immer eine Menge Straßenstaub
schlucken müssen, welcher für Lungenfranke bekanntlich sehr
schädlich ist. Auch ist unsere Berufsarbeit manch-
mal recht schwer, weshalb ich alarhte, wenn man sich sein
Los in Brasilien machen in Ordnung gebracht habe,
daß man dann mit der Familie recht friedlich leben könne.
Vor allem glaube ich, daß mein Bruder, daß die deutschen
Getreidearten gut gedeihen und daß deshalb Brotgetreide in
Hülle und Fülle vorhanden sein müsse. Auch der Anbau
von Wein, Pfirsich, Orangen und Bananen sowie Bienen-
zucht zogen mich an. Von der Jagd hatte ich mir von

vornherein keine großen Hoffnungen gemacht. Auf diese Ver-
lockungen hin hatte ich denn diese beschwerliche Reise mit
meiner zehnköpfigen Familie gewagt.

Als wir in San Roque ankamen, sah die Sache zwar
ganz anders aus, aber immerhin wagte ich das Spiel. Mit
wir unser umfangreiches Gepäck einigermaßen geordnet und
uns beim Bruder wohnlich eingerichtet hatten, ging es am
Tags an die Arbeit. Zunächst glaubte ich, meinem Bruder
in der Ernte helfen zu müssen, aber da erfuhr ich sehr bald
daß es leider nichts zu ernten gab. Roggen war zwar
etwas gesät worden, aber er war durch die Rostkrankheit
zerstört, so daß kein Halm zu ernten war, nicht einmal die
Aussaart konnte gerettet werden. In ganz Parana war weder
Roggen noch Weizen zu finden, ich habe nirgends ein Ge-
treidefeld gesehen. Auch in den Staaten Sao Paulo und
Rio de Janeiro, die ich mit der Eisenbahn durchquert habe
war kein Getreidefeld zu finden. Zwar macht jeder Kolonist
einen Versuch mit dem Anbau von deutschen Getreidearten,
aber bald hört er wieder auf, weil die Erfolge gleich Null
sind. Der Boden ist nicht mit unserer Ackerkrume zu ver-
gleichen. Er ist noch zu roh, nicht genügend verwittert.
Das Brotgetreide (Weizen und Roggen) kommt meist von
Argentinien und Chile und wird in den großen Dampf-
mühlen von Buenos-Aires, Sao Paulo und Rio de Janeiro
gemahlen, und dann über das ganze Land versandt. Der
Landwirt in Brasilien muß sich das ganze Mehl kaufen, nur
Maismehl hat er selbst. Aber von Maismehl allein kann
er kein Brot backen; dieses hält nicht zusammen; es muß
daher mindestens zur Hälfte mit Roggen- oder Weizenmehl
vermischt werden. Nun hieß es, für meine starke Familie
möglichst viel Mais anzupflanzen. Außer Mais wurden
noch Bataten, die süße brasilianische Kartoffel, und Manioka,
von welchen die Wurzeln gegessen werden, angepflanzt. Auch
ein Feld zum Anbau von schwarzen Bohnen mußte vor-
bereitet werden.

Da gab es viel Arbeit. Zunächst wurde der Wald ge-
fäust, das heißt, es wurde Unterholz, Gras, Farnkraut und
Schlingpflanzen mit einem sichelähnlichen Werkzeug (aber langem
Stiel) abgeschlagen. Das Werkzeug führt den Namen Fäust,
was auf deutsch soviel wie Sense bedeutet. Die Bäume wurden,
nachdem ein Stück ausgefäust war, mit der Art abgeschlagen.
Nur ganz starke und sehr harte Hölzer wurden gesägt. Nach-
dem das so abgeschlagene Holz mehrere Tage von der Sonnen-
glut gedörst war, wurde das ganze in Brand gesteckt. In
kurzer Zeit brennt so eine große Fläche ab. Das Fäusten und
Bäumefällen ist eine überaus harte Arbeit. Ich habe die
Hände in meinem Leben noch nie so voll Blasen gehabt wie
bei dieser Arbeit. Auch die Staubeentwicklung war sehr groß,
weil sehr viel Rohr und anderes schon trockenes Gestrüpp
niedergeschlagen werden mußte, das die Staubeentwicklung
hervorrief. Das schwache Holz, was nicht von den Flammen
verzehrt worden war, wurde auf Haufen zusammengetragen
und nochmals in Brand gesteckt. Die Stämme und starken
Neste bleiben liegen, bis sie von den Würmern zernagt und
vollständig verwittert sind.

Die Hitze war manchmal unerträglich; schon früh morgens
um 8 Uhr zeigte das Thermometer 40 bis 45 Grad Celsius,
und nirgends hatten wir bei der Arbeit Schatten. Hemd und
Hosen triefen immer von Schweiß. Mittags und abends
mußte man die Leibwäsche wechseln. Dabei wurden wir auf
dem abgebrannten Acker, auf welchem die Ascheschicht mehr
oder minder stark verteilt war, schwarz wie die Schornstein-
feger, weil die feinen Aschestäubchen sich am ganzen Körper
ansetzten. Kleidung und Leibwäsche hatte natürlich dasselbe
Aussehen.

Nachdem die Flächen mit Mais und Bohnen bepflanzt
waren, wurde der Hausbau in Angriff genommen. Zunächst
wurden Pinien gefällt und die Balken behauen. Dann wurden
starke Cedernstämme in drei Meter lange Klöße gesägt, auf
zwei Seiten behauen, auf ein Gerüst transportiert und zu
Brettern geschnitten. Da wir alle eine Brettersäge noch nicht
geführt hatten, so fiel uns die Arbeit bei der Sonnenhitze
doppelt schwer. Auch die Bretter von den ersten Klößen wurden
sehr ungleichmäßig. Nun mußten noch zwei starke Pinien
gesucht und gefällt werden, von welchen Dachschindeln und
Zaunlatten gespalten werden sollten. Da die Bäume nicht
alle in der Nähe vom Bauplatz standen, mußte das fertig-
gemachte Bauholz manchmal sehr weit transportiert werden.
Zunächst hieß es immer erst, einen Weg in den Urwald
bahnen, denn im Urwald ist soviel Unterholz, Gestrüpp und
Schlingpflanzen, daß man unmöglich durchgehen kann. Dach-
schindeln und Zaunlatten wurden in Bündel geschnürt und

auf der Schulter nach dem Bauplatz getragen. Der Weg führte aus der Flusniederung etwa 90 bis 100 Meter hoch und war zirka 1000 Meter lang. Bei dieser Wanderung kam es oft vor, daß man mit der Traglast strauchelte und fiel, auch blieb die Kopfbedeckung oft in dem Dornestrüpp hängen. Ueber eine Reihe alter vom Sturm umgelegter Baumstämme mußte man steigen usw.

Das Haus wurde zwölf Meter lang und sieben Meter breit. Es enthielt zwei Wohnräume und eine geräumige Küche mit Herd, hatte Veranda und einen überdachten Anbau, in welchem ein Waschkessel eingemauert wurde. Nun wurde der Backofen gebaut, der Brunnen gegraben, Stall und Zirk errichtet. Am 20. Februar konnten wir endlich das neue Heim beziehen, aber unsere Vorräte waren bedenklich zusammengeschmolzen, daß es uns recht schwer fiel, die notwendigen Lebensmittelvorräte einzukaufen. Die Lebensmittel sind hier auf dem Lande bedeutend teurer als in den Städten, weil unsere Kolonie 110 Kilometer von der nächsten Stadt entfernt liegt. Der Fuhrmann bleibt sieben bis acht Tage aus, ehe er mit den Waren zurückkehrt. Der Sack Mehl, der in der Stadt 11 bis 12 Mk. kostet, ist auf der Kolonie nur für 19 oder 20 Mk. zu haben. Und so ist es mit allen übrigen Produkten wie Zucker, Kaffee, Salz, Petroleum, Zündhölzer usw., die der Kolonist ebenfalls alle kaufen muß. Der Kolonist ist gezwungen, Arbeit zu suchen resp. Geld zu verdienen. Sie gehen in die Städte oder an Bahnbauten und kommen halbe Jahre lang nicht zu ihren Familien zurück. Vor dieser Entscheidung stand ich jetzt ebenfalls, entweder ich mußte in eine Stadt Brasiliens gehen oder in die Heimat zurückkehren. Das eine stand fest, Geld zum Lebensunterhalt mußte beschafft werden. In Brasilien waren aber gegenwärtig die Aussichten zum Geldverdienen sehr schlecht, die Gelder des von dem Staate bewilligten Etats waren aufgebraucht; die Neuwahl des Präsidenten stand bevor. Im Süden und Norden herrschte Revolution. (In Brasilien nennt man es Fanatiker-Bewegung). Ueber Rio de Janeiro war der Belagerungszustand verhängt worden. Dazu kam die allgemeine Krise, die sich ja auch über andere Länder erstreckte. Arbeitslose gab es zu hunderten in den Städten, und immer kamen noch weitere Schiffstransporte mit Einwanderern an. Die Lage, in der ich mich mit meiner Familie befand, war eine recht unerquickliche. Die Not grinste mir in das Gesicht.

Versammlungs-Berichte etc.

Bayreuth. Am 4. Juli fand hier eine Zahlstellenversammlung statt, welche von den älteren Mitgliedern, insbesondere von den Malern, hätte besser besucht sein dürfen. Diese Versammlung war einberufen worden, weil eine Versammlung vor 3 Wochen, in welcher Genosse Buchta über das Thema „Was tut uns not?“ sprechen sollte, wegen zu schwachen Besuchs vertagt werden mußte. Charakteristisch ist, daß diejenigen, welche vor 3 Wochen für die Vertagung des Vortrags stimmten und sich selbst erbieten, für guten Besuch der später stattfindenden Versammlung zu sorgen, sich selbst durch ihre Abwesenheit auszeichneten. Da Genosse Buchta geschäftlich verhindert war, seinen Vortrag zu halten, hatte unser Kollege Poesenecker, welcher zufällig als Gast anwesend war, die Freundlichkeit, mit einem Vortrag einzugreifen. Er sprach über „Einiges ans der Reichsversicherung“ und behandelte speziell die Frage, warum die Versicherten in den freien Gewerkschaften ihr größtes Interesse den Wahlen zu den Versicherungsträgern und den Versicherungsbehörden entgegenbringen müssen. Die ungemein klaren und verständlichen, dabei außerordentlich belehrenden Ausführungen fanden den ungeteiltesten Beifall. Desto mehr muß aber auch bedauert werden, daß, obwohl die Verwaltung sich die größte Mühe gibt, die Versammlungen anregend und interessant zu gestalten, es noch Mitglieder gibt, denen es zu gering und nicht standesgemäß erscheint, in die Versammlungen zu gehen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung“ wurde von den männlichen Mitgliedern der Kollege Georg Hade, und von den weiblichen die Kollegin Margarete Franke als Kandidaten aufgestellt.

Fraureuth. In der am 11. Juli stattgefundenen Generalversammlung wurde der Bericht vom Gewerkschaftskartell gegeben. Hervorzuheben ist aus diesem Bericht, daß das diesjährige Gewerkschaftsfest am 30. August im hiesigen Schützenhaus stattfindet. Von einer Kandidatur als Delegierter zur Generalversammlung wurde für diesmal abgesehen. Der Kassierer gab hierzu bekannt, daß die Zahlstelle Gera den Kollegen Arbeiterssekretär Poesenecker, und die Zahlstelle Schwarzenberg den Kollegen Kreisler als Kandidaten aufgestellt haben. Weiter sah man auch von einer Frauenkandidatur ab. Die Delegiertenwahl der weiblichen Abteilung soll am 31. Juli von 1/5 bis 7 Uhr im Restaurant Wollstädt, und die der männlichen am 1. August von 1/5 bis 7 Uhr daselbst stattfinden, wozu die Mitglieder zur regen Beteiligung ersucht wurden. Nach diesem wurde die Wahlkommission festgesetzt. Weiter schloß sich die Versammlung dem Antrag der Zahlstelle Schwarzenberg, der Krankengeldzuschuß für die Dauer bis zu 26 Wochen verlangt, an. Begründung: Jede gesetzliche Krankenkasse gewährt mindestens 26 Wochen. Es sind auch der Ueberzeugung, daß diese

Mehrleistung von unserer Zuschußkasse getragen werden kann. Auch wurde der Antrag gestellt: Die Generalversammlung wolle beschließen, die Protokolle der Generalversammlungen nicht mehr wie bisher für jedes Mitglied, sondern für jede Zahlstelle einige auszuhändigen. Begründung: Durch diese Verteilung der Protokollbücher würden sich die Auslagen bedeutend vermindern. Die meisten Mitglieder zeigten ihre Interessenlosigkeit dadurch, daß sie die Bücher, ohne Einsicht zu nehmen, an irgend welchem Platz liegen haben. Als nun die Angelegenheiten zur Generalversammlung erledigt waren, fand ein Antrag betreffs Abhaltung eines Waldfestes einstimmige Annahme. Um den Veranstaltungen der anderen Arbeitervereine aus dem Wege zu gehen, wurde das Festlegen des Datums, sowie alle dazu zutreffenden Vorbereitungen der Verwaltung überwiesen. Weiter erwähnte der Kassierer alle Mitglieder, welche Krankenunterstützung beziehen müssen, ihre Meldung pünktlich vom Tag ab nach der Entstehung der Krankheit bei ihm abgeben zu wollen, sowie die Quittungsbücher mitzubringen, weil er sich nach dem Statut richten muß. Erfolgt die Meldung später, dann kann die Unterstützung nur von der Meldung ab verrechnet werden und den entstehenden Verlust haben sich die Mitglieder dann selbst zuschreiben. Zum Schluß sprach sich der Bibliothekar dahingehend aus, daß alle Bücher, um genaue Kontrolle zu haben, eingesammelt werden müßten. Er wünscht, in der Anweisung darauf zu verweisen, was statthaten wurde.

Grünhain. Die Zahlstellenversammlung vom 4. Juli beschäftigte sich auch unter anderem mit einem Antrag zur Generalversammlung zwecks Beitragsbefreiung bei Feiern und Ausflügen, da die hiesigen Kollegen alle Jahre über Weihnachten unter diesen mißlichen Verhältnissen zu leiden haben. Es wurde demgemäß beschlossen. Als Kandidat für die Generalversammlung wurde Gen. Kreisler-Schwarzenberg einstimmig aufgestellt. Weiter gaben die Verhältnisse in der Malerei reichlichen Anlaß zur Debatte. Die Kollegen, welche nun schon ca. 1 1/2 Jahre empfindlichen Arbeitsmangel und niedrige Löhne über sich ergehen lassen mußten, sollen nun auch noch die Unannehmlichkeit einer erheblichen Reduzierung der bisher üblichen Akkordpreise auf sich nehmen. Nach Angabe der Leitung soll die Firma nicht mehr konkurrenzfähig sein, weil angeblich die Akkordlöhne der Maler zu hohe sind. Daß die Kollegen nicht gewillt sind, dieses gedulbig hinzunehmen, beweist der beinahe vollständige Besuch der Versammlung und die Einmütigkeit in der Verurteilung dieser Maßnahmen der Leitung.

Sterbetafel.

Hiltwaller. Karl Gärtner, Kd., geb. 7. Dezember 1842, gest. 9. Juli, an Arterienverkalkung. Invalide seit 1904.
— Wilhelm May, Ml., geb. 24. Oktober 1852, gest. am 17. Juli an Rheumatismus.

Dresden. Ernst Schumann, Dr., gest. 3. Juli im Alter von 54 Jahren, an Lungenschwindsucht.

Fernsdorf. August Birtz, Ml., geb. 16. März 1844 in Freiburg, gest. 5. Juli. Mitglied seit 1886. Invalide seit 1906.

Ohrdruf. Alfred Wenig, Gb., geb. 20. Januar 1888, gest. 18. Juli, an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 16 Wochen.

Selb. Johann Adam Grieshammer, Ml., geb. 19. Februar 1891, gest. 10. Juli an Ohrenleiden, durch Operation.

Ehre ihrem Andenten!

Adressen-Henderungen

Mannheim. Schf. P. Fiedler, Ml., Ludwigshafen, Rohrlackst. 121
3 Treppen

Pielau. Kff. Rudolf Franke, Massenmüller.

Uegelack. Kv. Klaus Luhrmann, Dr., Farge.

Schorndorf. Wf. Hugo Bröse, Ml., Gmünderstr. 47.

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Ahlen. Sonnabend, 25. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokal Sandgathe. Wichtige Tagesordnung.

Hiltwaller, Waldenburg, u. Nieder-Salzbrunn. Dienstag, 28. Juli, 6 1/2 Uhr, im Gasthof zur Schiffahrt, in Neu-Weißstein. Delegiertenwahl.

Huma. Sonnabend, 1. August, 7 1/2 Uhr, bei Senff.

Arzberg. Sonnabend, 25. Juli, im Konsum-Bereinsaal. Vortrag des Kollegen Hade-Bayreuth. Delegiertenwahl.

Bechtheim. Sonnabend, 1. August, bei Erbelinger.

Berlin. Dienstag, 28. Juli, 7 Uhr, Porzellanbranche Extrastellung. An der Stralauerbrücke 3. — Mittwoch, 29. Juli, 8 1/2 Uhr, Glasmaler. An der Stralauerbrücke 3. — Montag, 3. August, 7 Uhr, Schildermaler. An der Stralauerbrücke 3.

Bonn. Sonnabend, 25. Juli, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13. Delegiertenwahl.

Breslau. Sonntag, 26. Juli, vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17, Zimmer 8.

Buckau. Montag, 27. Juli, 6 Uhr, in der Thalia. Delegiertenwahl.

Düsseldorf. Sonnabend, 25. Juli. Volkshaus, Zimmer 4.

Eigersburg. Montag, 3. August.

Gera (Gotha). Sonnabend, 1. August, von 4 Uhr an Delegiertenwahl, bei Ernst Kühn.

Geiswenda. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr im Thüringer Wald. Delegiertenwahl.

Gräfenhain. Montag, 27. Juli, 5 Uhr, im Gasthaus zum Steiger. Delegiertenwahl.

Grünhain. Sonntag, 2. August, vorm. 10 bis 12 Uhr, bei Goldhahn. Delegiertenwahl. Einzelmitglieder seien besonders aufmerksam gemacht.

Hermisdorf. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, in der Zentralthalle. Delegiertenwahl.

Ilmenau. Sonnabend, 1. August, von 4 Uhr an Versammlung und Delegiertenwahl.

Kahla. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, im Rosengarten. Delegiertenwahl.

Kronach. Sonnabend, 25. Juli, im Bayrischen Hof.

Langwieschen. Sonnabend, 25. Juli, 4 1/2 Uhr, im Felsenteller. Delegiertenwahl.

Magdeburg-N. Sonnabend, 25. Juli, von 2 Uhr ab Delegiertenwahl bei Stephan Glade, Wasserkunststr.

Magdeburg-N. Sonnabend, 1. August, bei S. Donnig, Fabrikstr. 5/6.

Mannheim. Sonnabend, 25. Juli, bei Ww. Kinzinger, S. 7 24. Delegiertenwahl.

Martinroda. Sonnabend, 25. Juli, 8 Uhr, im Stern. Delegiertenwahl.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, bei Herzog Masche. Delegiertenwahl.

Oelde. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, bei Anton Linnenbrint. Delegiertenwahl.

Ohrdruf. Sonnabend, 1. August. Delegiertenwahl.

Olschatz. Sonnabend, 25. Juli, 8 1/2 Uhr, im Deutschen Schützen. Wichtige Tagesordnung.

Pankow. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, bei Bohr, Ruglerstr. 148.

Pallau. Sonnabend, 1. August, im Gasthaus Ditrich, Kapuzinerstr.

Plaue. Montag, 27. Juli, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Adler. Wichtige Tagesordnung.

Reichmannsdorf. Sonntag, 2. August, im Meininger Hof. Delegiertenwahl.

Röslau. Sonnabend, 1. August, bei Michael Müller. Delegiertenwahl.

Schmiedefeld. Sonnabend, 25. Juli, 9 Uhr, bei Fischer — Waldendorf, Sonntag, 26. Juli, 4 Uhr, bei Grabe. In beiden Orten Delegiertenwahl.

Schwarzenberg. Sonntag, 26. Juli, vorm. 9 bis 11 Uhr. Delegiertenwahl im Wettiner Hof.

Stadtlengsfeld. Sonnabend, 25. Juli, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Suhl. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, in Dombergs Ansicht. Delegiertenwahl.

Teltow. Donnerstag, 30. Juli, bei Bonow, Berlinerstr. 16. Delegiertenwahl.

Tiefenfurt. Sonnabend, 1. August, 8 Uhr, in der Brauerei.

Wittenberg. Sonnabend, 25. Juli, 7 Uhr, bei Karl Krüger. Anträge zur Generalversammlung.

Anzeigen

Buckau. Zum Aufruf zur Sammlung für unser Mitglied Gustav Steinberg ist noch nachzutragen, daß das Mitglied seit dem 26. November 1911 in allen Kassen ausgesteuert ist.
Die Verwaltung.

Fraureuth. Die Wahlen der Delegierten für die Generalversammlung finden für die weibliche Abteilung Freitag, 31. Juli von 4 1/2 bis 7 Uhr, für die männliche Abteilung Sonnabend, 1. August von 4 1/2 bis 7 Uhr in Bollstädts Restaurant statt. Da Stimmzettel nur eigenhändig abgegeben werden können, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
Die Verwaltung.

Kleindembach. Wir machen die durchreisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß hier keine freiwillige Unterstützung gezahlt wird. Ganz besonders bitten wir, Verwaltungsmitglieder nicht im Betriebe aufzusuchen.
Die Verwaltung.

Piesau. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß bis auf weiteres freiwillige Unterstützung nicht gezahlt werden kann.
Die Verwaltung.

Schirnding. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß bis auf weiteres keine freiwillige Unterstützung mehr ausbezahlt wird.
Die Verwaltung.

Selb. Das Kur der P. Hütte beginnt sich ab 1. Juli in der Gartenstraße 15 im „Jugendheim“. Telefon Nr. 315.
Die Verwaltung.

Selb. Donnerstag, 30. Juli von abends 6 Uhr an beginnend, findet im Saale der Zentralthalle eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt. Wahl der Delegierten und Delegierteninnen zur Generalversammlung Ende des Wahlabendes 10 Uhr.
Die Zahlstellenverwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos — **Arbeitsmarkt** — Offerten-Verfäherung nur bei Porto-Einzufügung

Porzellan- und Emaillemaler sucht baldigst Stellungsantrag. Aushilfe. Derselbe ist verheiratet, 27 Jahre alt, bewandert in Schrift, leichten Blumen- und Band, Dekor und Staffage. Offerten unter 140 B. an die Redaktion.

Tüchtiger Formgießer, verheiratet, 26 Jahre alt, Abgüssen und Einrichten sämtlicher Modelle der Gebrauchs- und Hotelgeschirrbrennerei sehr gut bewandert, sucht Stellung. Offerten unter M 35 an die Redaktion erbeten.

Preis der 2gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig — **Geschäfts-Anzeigen** — Vorausbezahlung ist Bedingung

Wo? verkauft man am vorteilhaftesten **Goldabfälle**? Nur beim Verbandstollegen.

Karl Fränzel, Postchappel b. Dresden, Weißeritzstr. 1.

Goldabfälle jeder Art, Goldlappen, Goldwatten, Schmiergold, Rehrgold schmilzt und kauft höchstzahlend.
E. Hecht, Berlin N., Weinbergsweg 12, 1 Tr.
Telephon Amt Norden 7487.

Goldschmiere, Goldabfälle

goldhaltige Lappen, Asche, Watte, Stupfer, Pinsel, Rehrgold, leere Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold nach Goldkurs angekauft, also höchste Zahlung, bei sofortiger Kasse. Reelle Bedienung zugesichert. Großer Umsatz, daher höchste Preise. Viel neue Anerkennungen und Empfehlungen für reelle Bedienung. Nehmen auch alten Goldschmuck in Zahlung.

M. Köhler, Dresden, Wettinerstr. 20. Scheide-Anstalt.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle,

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Asche, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-N., Serrestrasse 1.
Gold- und Silberscheideanstalt.

Herr Kollege, warum schiden Sie ihre **Goldabfälle** nicht zu mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Alle, die bis jetzt einen Versuch machten, sind meine ständigen Kunden geworden.
Mit kollegialem Gruß

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eilenberg S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadttilm i. Thür.

Werkstattschuhe, Sandalen, Pantoffeln
usw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert
F. Girbardt, Ilmenau i. Thüringen. Ausführliche Preisliste frei

Gold-, Silber- und Platinabfälle als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend.
Max Haupt, Dresden-N., Rönischplatz 17.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldsche, und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 8.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.